

### Inhaltsverzeichnis

#### 1. Konjunktur

- **Wachstumsprognose der Bundesregierung nach unten korrigiert**
- **Stabilisierung des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe**
- **Konsumklima: Stabilisierung auf niedrigem Niveau**

#### 2. Unternehmen

- **Geschäftsklima im Mittelstand sinkt**
- **Mittelständische Unternehmen sehen Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr**
- **Unternehmen erwarten deutlich geringere Preisanstiege**

#### 3. Politik

- **UniCredit liebäugelt mit Commerzbank-Übernahme**
- **Prämie für Langzeitarbeitslose bei langfristiger Arbeitsaufnahme**
- **Pflegeversicherung vor der Pleite?**

#### 1. Konjunktur

##### Wachstumsprognose der Bundesregierung nach unten korrigiert<sup>1</sup>

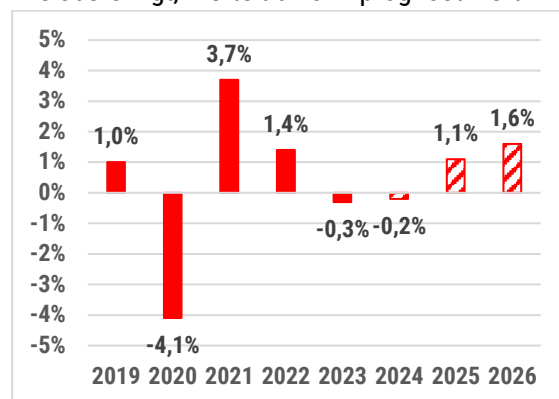
Noch in der Frühjahrsprojektion im März diesen Jahres hat die Bundesregierung für das laufende Jahr ein Wirtschaftswachstum von 0,3 Prozent erwartet. Diese Prognose wurde im Zuge der Herbstprojektion auf -0,2 Prozent herunterkorrigiert.

Im kommenden Jahr werde das Wirtschaftswachstum vor allem durch den privaten Verbrauch gestützt, da höhere Löhne, sinkende Inflation und steuerliche Entlastungen die Kaufkraft der Haushalte steigern. Niedrigere Zinsen und eine wachsende Auslandsnachfrage dürften

<sup>1</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (10.10.2024). [Herbstprojektion: Bundesregierung rechnet mit Belebung der Wirtschaft im kommenden Jahr.](#)

zudem die Exporttätigkeit und Investitionen in Maschinen und Anlagen ankurbeln. Bauinvestitionen werden jedoch voraussichtlich erst ab 2026 wieder deutlich zum Wachstum beitragen.

##### **Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** Preisbereinigt, Werte ab 2024 prognostiziert



Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und Destatis.

Mit der konjunkturellen Erholung wird auch die Nachfrage nach Arbeitskräften steigen, insbesondere ab Frühjahr 2025. Unterstützt durch Maßnahmen der Wachstumsinitiative soll die Arbeitslosigkeit voraussichtlich wieder sinken. Die Inflation ist zuletzt gesunken und dürfte sich bis 2026 unter der Zwei-Prozent-Marke stabilisieren. Sinkende Energiepreise und straffe Geldpolitik wirken dämpfend, während der Preisdruck bei Dienstleistungen langsamer nachlässt.

Hierzu fand am 09.10.2024 eine Diskussion mit Dr. Völz im Rahmen der „phoenix runde“ statt. Die 45-minütige Sendung können Sie abrufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=C2Sjd-HEbH7c>.

##### Stabilisierung des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe<sup>2</sup>

Im August 2024 ging der reale Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe saison- und kalenderbereinigt im Vergleich zum Juli zurück. Für Juli wurde nachträglich ein stärkerer Anstieg als

<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt. (07.10.2024). [Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im August 2024: -5,8 % zum Vormonat.](#)

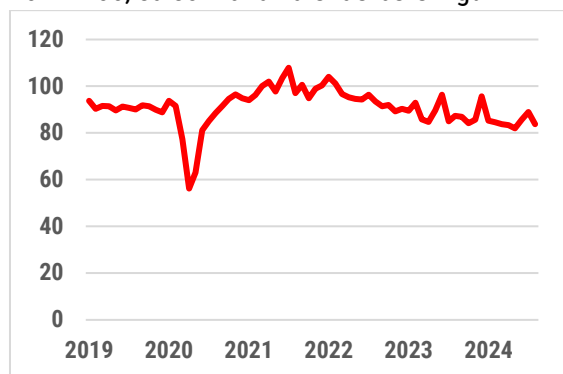
# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW41 11.10.2024

ursprünglich gemeldet ermittelt. Der Auftrags-  
eingang im Juli stieg nach Korrektur der Daten  
deutlich an. Im weniger schwankungsanfälligen  
Dreimonatsvergleich zeigt sich insgesamt ein  
Anstieg der Auftragseingänge.

Der Rückgang der Auftragseingänge im August  
2024 ist teilweise auf fehlende Großaufträge im  
Fahrzeugbau zurückzuführen. Ohne Großauf-  
träge war der Rückgang im August weniger stark.  
Im Dreimonatsvergleich stiegen die Auftragsein-  
gänge ohne Großaufträge leicht an. Investitions-  
und Vorleistungsgüter verzeichneten im August  
ebenfalls rückläufige Auftragseingänge. Auch  
der Bereich der Konsumgüter zeigte einen leich-  
ten Rückgang.

### Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe 2021=100, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Destatis

Im August 2024 kamen positive Impulse vor al-  
lem von außerhalb der Eurozone. Die Aufträge  
aus der Eurozone gingen dagegen deutlich zu-  
rück. Insgesamt waren Auslandseingänge leicht  
rückläufig, ebenso die Inlandsaufträge. Der Um-  
satz im Verarbeitenden Gewerbe stieg im August  
im Vergleich zum Vormonat. Im Vergleich zum  
Vorjahr war der Umsatz jedoch geringer.

### Konsumklima: Stabilisierung auf nied- rigem Niveau<sup>3</sup>

Die **Verbraucherstimmung** in Deutschland zeigt  
im September 2024 eine **leichte Erholung**.

<sup>3</sup> GfK. (26.09.2024). [Moderate Erholung des Konsum-  
klimas – Bei sinkenden Konjunkturaussichten.](#)

<sup>4</sup> Scheuermeyer, P. (2024). [Stimmung im Mittelstand  
sinkt, aber ist etwas stabiler als bei den](#)

**Einkommenserwartung** und **Anschaffungsnei-  
gung verbessern sich**. Allerdings verhindert der  
Anstieg der Sparneigung eine stärkere Erholung  
der Konsumstimmung. Die aktuelle Verbesse-  
rung kann daher eher als Stabilisierung auf nied-  
rigem Niveau betrachtet werden. Seit Juni 2024  
hat sich das Konsumklima nicht signifikant ver-  
ändert. Steigende Arbeitslosenzahlen und Unter-  
nehmensinsolvenzen verstärken die Sorgen der  
Verbraucher um ihre Jobs.

### GfK-Konsumklimaindex



Quelle: GfK

Die Diskussionen über steigende Arbeitslosen-  
zahlen haben die Konjunkturerwartungen beein-  
trächtigt. Im Gegensatz zur leicht verbesserten  
Konsumstimmung sind die Konjunkturerwartun-  
gen gesunken. Er erreicht den gleichen Wert wie  
im April diesen Jahres. Die gehemmten Erwar-  
tungen der Verbraucher passen zu den aktuellen  
Prognosen der Institute. Beispielsweise erwartet  
das ifo-Institut, dass Deutschland das Jahr 2024  
mit einem stagnierenden Bruttoinlandsprodukt  
abschließen wird.

## 2. Unternehmen

### Geschäftsklima im Mittelstand sinkt<sup>4</sup>

Die Stimmung bei kleinen und mittelständischen  
Unternehmen hat sich laut KfW-ifo-Mittelstands-  
barometer weiter verschlechtert. Das Geschäfts-  
klima im Mittelstand ist fast so negativ wie wäh-  
rend der Energiekrise 2022. Sowohl die Lageur-  
teile als auch die Geschäftserwartungen sind

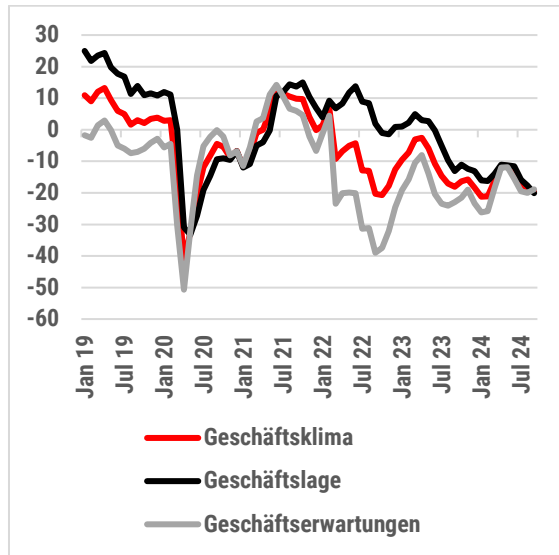
[Großunternehmen](#) (KfW-ifo-Mittelstandsbarometer).  
KfW Research.

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW41 11.10.2024

derzeit sehr pessimistisch. Das Tempo des Rückgangs hat sich jedoch etwas verlangsamt. Trotz eines leichten Anstiegs der Erwartungen bleibt die Zukunftsaussicht der Unternehmen negativ.

### KfW-ifo-Mittelstandsbarometer



Quelle: KfW-Research

Im mittelständischen Baugewerbe haben sich die Geschäftserwartungen im September verbessert, was vor allem auf den Zinssenkungszyklus der Europäischen Zentralbank (EZB) zurückzuführen ist. Das Geschäftsklima stieg hier leicht an, während es im Großhandel stark zurückging. Im Verarbeitenden Gewerbe und Einzelhandel gab es kaum Veränderungen, und bei den Dienstleistungen sank das Geschäftsklima leicht.

In den Großunternehmen verschlechtert sich die Stimmung weiter deutlich. Besonders betroffen sind das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft, wo sowohl Lageurteile als auch Erwartungen stark nachgeben. Die Beschäftigungsaussichten trüben sich ebenfalls ein, was durch mögliche Stellenstreichungen verstärkt wird.

### Mittelständische Unternehmen sehen Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr<sup>5</sup>

Die Diskussion um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hält angesichts

<sup>5</sup> Abel-Koch, J. (2024). [Mittelstand sieht wachsende Risiken für seine internationale Wettbewerbsfähigkeit](#) (Fokus Volkswirtschaft No. 471). KfW Research.

**schwacher Exporte und gestiegener Kosten für Unternehmen** an. Viele mittelständische Unternehmen sehen sich im internationalen Vergleich gut aufgestellt, obwohl sie **einige Risiken am Standort Deutschland** identifizieren. Besonders **Bürokratie, steigende Energiekosten und Regulierungen wie z.B. das Lieferkettengesetz** belasten ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Laut einer aktuellen KfW-Umfrage schätzt ein **Großteil der Mittelständler ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiterhin hoch** ein. Allerdings hat sich der **Ausblick für die Zukunft verschlechtert**, und die Sorgen um den Standort Deutschland sind gewachsen.

Mittelständische Unternehmen fordern von der Politik verstärkte Maßnahmen, um strukturelle Herausforderungen zu bewältigen und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die größten Risiken sehen sie im **Fachkräftemangel, hohen Steuern und Abgaben sowie regulatorischen Belastungen**.

### Unternehmen erwarten deutlich geringere Preisanstiege<sup>6</sup>

Immer **weniger Unternehmen in Deutschland planen, ihre Preise zu erhöhen**. Die ifo Preiserwartungen sind auf den **niedrigsten Stand seit Februar 2021** gesunken. Die wirtschaftliche Krise verringerte die Spielräume für Unternehmen, gestiegene Kosten in die Lieferkette weiterzugeben. Daher wird erwartet, dass die Inflationsrate in Deutschland in den kommenden Monaten **unterhalb der Zwei-Prozent-Marke** bleibt, die die EZB anstrebt.

Die Preiserwartungen in den **konsumnahen Wirtschaftszweigen** sind deutlich **gesunken**. Dies beeinflusst die kurzfristige Entwicklung der Verbraucherpreise. **Einzelhändler und konsumnahe Dienstleister** (z.B. Restaurants, Friseure) haben zum **Rückgang** beigetragen. Auch im **Bauhauptgewerbe** sind die Preiserwartungen **gefallen**. Bei

<sup>6</sup> ifo Institut. (30.09.2024). [Preiserwartungen deutlich gesunken](#).

**unternehmensnahen Dienstleistern** (z.B. Rechts- und Steuerberatung, Werbung) sind die Erwartungen für Preiserhöhungen ebenfalls **gesunken**. Nur in der **Industrie** gab es einen **leichten Anstieg**.

### 3. Politik

#### UniCredit liebäugelt mit Commerzbank-Übernahme<sup>7</sup>

Nach den großzügigen staatlichen Hilfen für die Commerzbank im Zuge der Finanzkrise 2008 will sich der Bund nun Stück für Stück von seinen Anteilen an der Bank trennen. Diese Gelegenheit nutzte nun die zweitgrößte Bank Italiens, die Unicredit, zur Sicherung von etwa 21 Prozent der Commerzbank-Anteile. Diese Beteiligung möchte die Bank in Zukunft noch weiter ausbauen und könnte somit zum größten Anteilseigner werden.

Die Sorgen in Deutschland vor dieser Entwicklung sind groß. So bewertete Bundeskanzler Scholz das Vorhaben als „unfreundliche Attacken“ und „feindliche Übernahmen“. Wohingegen Bundesfinanzminister Lindner darauf hinwies, dass europäisches Recht eine Bieter-Diskriminierung untersage.

Kritische Stimmen kommen auch aus der Gewerkschaft ver.di., die von einem aggressiven Schritt sprach und um Arbeitsplätze bangt. Der Vorstand der Commerzbank warnt vor Risiken durch eine mögliche Fusion beider Banken und kündigte Widerstand an.

#### Prämie für Langzeitarbeitslose bei Arbeitsaufnahme<sup>8</sup>

Im Rahmen einer geplanten Bürgergeldreform möchte die Bundesregierung Langzeitarbeitslose mit einer Motivationsprämie von 1.000 Euro

zur Rückkehr in den Arbeitsmarkt bewegen. Laut der Wachstumsinitiative vom 5. Juli 2024 soll diese Prämie als Anschubfinanzierung fungieren, um einen starken Anreiz für den Übergang in sozialversicherungspflichtige und bedarfsdeckende Jobs zu setzen. Anspruch auf die Prämie haben diejenigen, die mindestens ein Jahr arbeiten und davon mindestens sechs Monate lang nicht auf Bürgergeld angewiesen sind.

Die Prämienidee basiert auf Empfehlungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Ziel dieser Maßnahme ist es, Erwerbsanreize zu schaffen, die sowohl für die Betroffenen als auch für den Staat finanziell vorteilhaft sind. Die einmalige Zahlung würde langfristig günstiger sein als die fortlaufende Auszahlung des Bürgergeldes, dessen Regelsatz bei monatlich 563 Euro liegt. Dennoch wächst die Kritik an diesem Vorhaben. CDU-Generalsekretär Linnemann bezeichnet die Prämie als „absurde Idee“. Auch Bundeskanzler Scholz äußerte sich skeptisch und erklärte, dass er nicht der Meinung sei, man müsse Menschen zur Arbeit locken, da seiner Ansicht nach jeder Mensch von Natur aus zum Arbeiten geboren sei.

#### **BVMW-Position:**

Der Vorschlag der Bundesregierung zur Einführung einer Motivationsprämie von 1.000 Euro für Langzeitarbeitslose lehnt der BVMW ab. Das wäre der Einstieg in Prämien für regel- und gesetzeskonformes Verhalten für undisziplinierte Teile unserer Gesellschaft. Mit Recht könnten dann auch weitere Gruppen mit Hinweis hierauf materielle Ansprüche für gewünschtes Verhalten geltend machen, die von der Solidargemeinschaft getragen werden müssen. Wir fordern eine grundlegende Reform hin zu einer neuen Grundsicherung, bei der Fördern und Fordern richtig austariert sind.

<sup>7</sup> Zeit Online (23.09.2024). [Olaf Scholz kritisiert UniCredit-Aktienkäufe bei Commerzbank deutlich.](#)

<sup>8</sup> ZDF (08.10.2024). [1.000 Euro Job-Prämie für Arbeitslose?.](#)

# BVMW-Intern

## Ökonomiebriefing 2024/KW41 11.10.2024

### Pflegeversicherung vor der Pleite?<sup>9</sup>

Nach Berichten des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) ist die gesetzliche Pflegeversicherung bald zahlungsunfähig, weil die Ausgaben die Einnahmen weit übersteigen. Wegen den stetig steigenden Kosten hat Bundesgesundheitsminister Lauterbach bereits im Sommer eine neue Reform für die Pflege vorgelegt, welche die Finanzlücke schließen soll. Schon zu diesem Zeitpunkt gab Lauterbach zu, dass ohne zügige Reformen, die Beitragssätze unweigerlich in die Höhe schnellen würden.

Für dieses Jahr gehen die Schätzungen der Pflegekassen von einem Defizit von 1,5 Milliarden Euro aus, für 2025 werden mit über 3,5 Milliarden Euro gerechnet. Die Lage ist nach wie vor sehr angespannt, weshalb schon zum neuen Jahr mit einer Anhebung des Beitragssatzes von bis zu 0,7 Prozentpunkten zu rechnen ist – der stärkste Anstieg seit 20 Jahren.

Grund für die anhaltende Krise in der Pflege ist vor allem die explodierende Zahl der Pflegebedürftigen, aber auch die damit verbundenen, steigenden Eigenanteile für Heimbewohner, die auch auf die steigenden Löhne für das Pflegepersonal zurückzuführen sind, welche aber notwendig sind um den Pflegeberuf auf lange Sicht attraktiver zu gestalten.

#### **BVMW-Position:**

Auch wenn die Notwendigkeit einer Erhöhung der Einnahmen der Pflegeversicherung auf den ersten Blick nachvollziehbar erscheint, müssen die Gefahren einer Erhöhung der Beiträge betrachtet werden. Deutschland ist bei den Arbeitskosten bereits in der Spitzengruppe. Dies allein stellt schon einen Standortnachteil für deutsche Unternehmen dar. Eine weitere Erhöhung der Lohnzusatzkosten ist daher nicht akzeptabel. Stattdessen sind ausgabenreduzierende Strukturreformen in allen vier Zweigen der Sozialversicherung

unumgänglich. Die Schwelle von 40 Prozent Sozialabgaben darf nicht länger gerissen werden.

Berlin, 11.10.2024

Gez.: Jasper Lücke [jasper.lueke@bvmw.de](mailto:jasper.lueke@bvmw.de)

Dr. Hans-Jürgen Völz [hans-juergen.voelz@bvmw.de](mailto:hans-juergen.voelz@bvmw.de)

---

<sup>9</sup> Szent-Ivanyi, Tim (11.10.2024): [Pflegeversicherung vor der Pleite – Regierung plant Notoperation](#). RedaktionsNetzwerk Deutschland.